

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Jakubowicz, Linda (2010):

Migration und Sicherheit – eine ungewöhnliche Perspektive?

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(2), 20-34.

doi: 10.7396/2010_2_C

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Jakubowicz, Linda (2010). Migration und Sicherheit – eine ungewöhnliche Perspektive?, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 20-34, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2010_2_C.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2010

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 3/2013



LINDA JAKUBOWICZ,
*Institut für Wissenschaft und
 Forschung der Sicherheitsakademie
 des B.M.I.*

Migration und Sicherheit – eine ungewöhnliche Perspektive?

„Sicherheitspolitik betreibt, wer die Bedrohung definiert.“¹

Der vorliegende Beitrag versucht im umfassenden Feld der Migrationsforschung der Verbindung von Migration und (innerer²) Sicherheit sowohl in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als auch im politischen und wissenschaftlichen Diskurs nachzuspüren und hier eine entsprechende Analyse anzubieten³. Bei der Beschäftigung mit dem Themenfeld ist man leicht versucht, auszufern und den konzeptionellen Rahmen aus den Augen zu verlieren. Zu komplex und verwoben ist der Bereich als klassische Querschnittsmaterie⁴ und als Teil der Migrationsforschung sowie anderer Fachgebiete. Zu nennen wären hier beispielhaft die eingehendere Beschäftigung mit Security Studies und deren Entwicklung, Forschung zu Identität und Nationalstaat in der postwestfälischen Welt – vor allem vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses –, Fragen der statistischen Erfassung von delinquentem Verhalten, ganz zu schweigen von den thematischen Verflechtungen, die sich auf Basis eines erweiterten Sicherheitsverständnisses ergeben. Der Fokus des Beitrags soll darauf liegen, basierend auf einer Darstellung des Forschungsstandes und der Betrachtung des sich verändernden Sicherheitsbegriffes, vermeintliche und reale Sicherheitsrisiken, die sich direkt oder indirekt durch Zuwanderung ergeben (können), zu analysieren und den Link zu Theorien, wie der Securization⁵ von Migration, darzustellen.

VORWORT

Migration ist ein wichtiges Thema auf globaler, nationaler und auch regionaler Ebene, welches in seiner Relevanz – auch vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen, unter denen Wanderungsbewegungen heute stattfinden – innerhalb Europas erkannt wurde und damit verstärkt ins Zentrum des Interesses von Politik, Medien und anderen gesellschaftlichen (meinungsbildenden) Gruppen rückt. Immerhin hat die EU-27 heute bereits eine Nettozuwanderung von mindestens 900.000 Menschen pro Jahr⁶, wobei Deutschland Spitzenreiter ist. Aber auch für Österreich mit einer Nettozuwanderung von ca. 34.000 Personen im Jahr

stellt Migration eine mehr als relevante Größe dar, der mit entsprechenden politischen Konzepten begegnet werden muss. Fassmann attestiert Österreich übrigens ein relativ gutes Zeugnis, so zählt er es zu den „reifen“ (mature) Einwanderungsstaaten (ähnlich wie die Staaten Nordeuropas), in denen das politische und rechtliche System bereits im Großen und Ganzen auf die Herausforderungen, die sich durch Zuwanderung ergeben, aus- und eingerichtet ist.⁷ Insgesamt kann eine Dualität von ökonomischer Entwicklung und staatlichem Handeln im Hinblick auf Migrationspolitik beobachtet werden (diese Dualität ist wohl als der wesentlichste Einflussfaktor zu bezeichnen). Wenn es bspw. Bedarf an

bestimmten Arbeitskräften gibt, werden sich entsprechend gesellschaftliche Kräfte bilden, die das staatliche Handeln beeinflussen.

Die Darstellung von Migranten/Migration als Sicherheitsbedrohung durch unterschiedliche gesellschaftliche Akteure, die im Zusammenhang mit der Frage nach der Rolle der Identität und erwähnter nicht selten (unterschwellig) unterstellter „doppelter“ Loyalität, mit der sich Zuwanderer und deren Nachkommen konfrontiert sehen, und auch der Bedeutung, die seitens der Sicherheitsbehörden (aber auch der einschlägigen Forschung zum Bereich Organisierte Kriminalität (OK)⁸) transnationalen Netzwerken für den Erfolg der OK beigemessen wird, sind wesentliche Aspekte der Auseinandersetzung mit der Thematik und lenken den Blick auf die Transnationalismusdebatte.⁹ Hier wird nicht zuletzt die „Erweiterung des Sicherheitsbegriffes“ auf das vage Spektrum der Subjektivität und der Emotion, bei dem u.a. die Frage der „kulturellen“ Bedrohung im Mittelpunkt steht, tragend.

Tatsächlich können Diskriminierungserfahrungen in der Aufnahmegesellschaft einerseits die Zuwendung zur Kultur der Eltern (der zweiten Generation, teilweise sogar der dritten Generation) bedingen bzw. auch – in seltenen extremen Fällen – die Gefahr der politisch-religiösen Radikalisierung bedeuten. Auf der anderen Seite ist es interessant, wie die „Bedrohung“ der kulturellen Homogenität argumentativ seitens unterschiedlicher Akteure als Sicherheitsrisiko dargestellt wird. An diesen Ausführungen wird deutlich, wie breit das Feld ist und in wie vielen Bereichen der Migrationsforschung eine (akademische) Verknüpfung von Migration und Sicherheit möglich ist. Um sich der Thematik also wissenschaftlich zu nähern, wäre es aus meiner Sicht zukünftig notwendig, eine gewisse Systematik in Form

einer Kategorisierung der Ebenen des Sicherheitsdiskurses in Bezug auf Migration vorzunehmen – ein Unterfangen, das allerdings in dieser Form nicht im Rahmen des vorliegenden Beitrags unternommen werden kann¹⁰. Allerdings sollen als erste Impulsgebung die wesentlichsten Berührungspunkte der beiden Bereiche „Migration“ und „Sicherheit“ analysiert und überblicksartig dargestellt werden.

FORSCHUNGSSTAND – EIN EINBLICK

Mit einem – im Zuge der Globalisierung, verbesserter Mobilität und anderer Faktoren eingetretenen – neuen Ausmaß von Migrationsbewegungen, und zwar hinsichtlich Masse, vor allem aber hinsichtlich ihrer räumlichen Reichweite, hat sich neben oben erwähnten Akteuren auch die Wissenschaft vermehrt der Thematik angenommen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Wanderungsbewegungen ist an sich nichts Neues, im Gegensatz zu anderen (bereits eigenständigen) Disziplinen darf man sie beinahe schon etabliert nennen. Die Tatsache, dass Wanderungsbewegungen seit Menschengedenken existieren, die Geschichte kennzeichnen, relativiert diese Ansicht allerdings wieder etwas.

Als Pionier der Migrationsforschung kann man Ernest Ravenstein bezeichnen, der 1885 mit seinem Werk „The Laws of Migration“¹¹ dieses Forschungsfeld begründete. Er versuchte anhand der Daten des Mikrozensus Wanderungsbewegungen innerhalb Großbritanniens zur Zeit der Industrialisierung nachzuzeichnen und wählte somit einen Zugang, der von den sozio-ökonomischen Umbrüchen seiner Zeit geprägt war. Weitere verschiedene „klassische“ Ansätze folgten, einer der bekanntesten ist bestimmt Everett Lee's Theorie der Push- und Pull-Faktoren¹². Aber parallel zur Veränderung der Bedingungen, unter

denen Migration stattfand, entwickelte sich auch die Migrationsforschung weiter und orientierte sich zunehmend interdisziplinär – v.a. unter Miteinbeziehung der Soziologie. Douglas Massey et al.¹³ haben 1993 den bislang umfassendsten Überblick über den Stand der Migrationstheorien – begonnen bei Theorien, deren Ursprung in der neoklassischen Ökonomie begründet liegt, wie die Weltsystemtheorie¹⁴, über andere Ansätze wie die Netzwerktheorie¹⁵ oder die migration system theory¹⁶ – geliefert (auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann).

Ein wesentliches gemeinsames Element der neuen Ansätze der Migrationsforschung ist der kritische Zugang, indem Folgen für Sende- und Empfängerländer, aber auch für Migranten selbst, in die Untersuchung miteinbezogen werden.¹⁷

MIGRATIONSFORSCHUNG UND SECURITY STUDIES

Migrationsforschung und Security Studies stellen – nach der bisher vertretenen Sichtweise – akademische Subdisziplinen der „international relations“ dar. Zwar geht der Trend, wie erwähnt, stark in Richtung Inter- bzw. Transdisziplinarität, der Zugang allerdings bleibt politikwissenschaftlich dominiert. Die zentrale Bezugsgröße ist der Staat, welcher als zentrale Machtinstanz im Bereich der Migration fungiert: „The emphasis in the discipline is on the state and the acts of the state around flows of people.“¹⁸ Der Frage, wie der Staat das Individuum als einen Fremden konstruiert, wird in der Forschung bislang wenig Beachtung geschenkt.¹⁹ Die kritische Theorie erlaubt hingegen, einen anderen Blickwinkel einzunehmen, soziale und kulturelle Aspekte in die Analyse miteinzubeziehen. Im Zuge dieser Erweiterung des wissenschaftlichen Zugangs rückte der Fokus verstärkt auf das Individuum als solches bzw. die Frage der Defi-

nitionsmacht von Fremden (also deren Rechtsstatus), die vom Staat ausgeht.

Vor diesem Hintergrund und in Anlehnung an die „Critical Security Studies“ (CSS), die nicht den Staat ins Zentrum des Interesses rücken, sondern auf einer breiten Basis den Ursachen von (Un-)Sicherheit nachgehen und für einen erweiterten Sicherheitsbegriff plädieren²⁰, prägt Elspeth Guild in ihrem neuen Werk „Security and Migration in the 21st century“²¹, aufbauend auf den Thesen der Critical Security Studies, den Begriff der „Critical Migration Studies“ (CMS). CSS behandeln Security Studies selbst als Untersuchungsgegenstand, wobei die Frage, was eigentlich „Security“ ist, im Zentrum des Interesses steht. Die CMS versuchen den Prozess der Dekonstruierung der staatlichen Machtbereiche zu beschreiben und stellen eine Verknüpfung von CSS und Migrationsforschung dar.

SICHERHEITSBEGRIFF IM WANDEL

Sicherheit ist seit jeher nicht nur Staatsziel, sondern primärer Staatszweck überhaupt, weswegen der erwähnte traditionelle, staatszentrierte, Ansatz der Security (oder manchmal auch Strategic) Studies zunächst nahe liegt. Sieht man sich aber das Selbstverständnis dieser staatlichen Hoheitsaufgabe an, wird schnell deutlich, dass – sogar im Rahmen eines engeren Sicherheitsverständnisses (z.B. körperliche Unversehrtheit, Schutz vor Kriminalität) – durchaus interpretativer Spielraum gegeben ist, je nachdem welche Definition man dem Begriff „Sicherheit“ zugrunde legt. In diesem Zusammenhang soll nachstehend ein Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts zitiert werden:

„Die Sicherheit des Staates als verfasster Friedens- und Ordnungsmacht und die von ihm zu gewährleistende Sicherheit seiner Bevölkerung sind Verfassungswerte, die

mit anderen im gleichen Rang stehen und unverzichtbar sind, weil die Institution Staat von ihnen die eigentliche und letzte Rechtfertigung herleitet.²²

Die Grenzziehung von innerer und äußerer Sicherheit ist in der bislang (bzw. bis zum Ende des Kalten Krieges und in Folge des Zerfalls Jugoslawiens) bestehenden Form nicht mehr aufrecht zu erhalten. Dieser anhaltenden Entwicklung wurde aber bislang seitens der nationalstaatlichen Aufgabenverteilung noch wenig systematisch Rechnung getragen. Bundesheer und Polizei²³ dringen zwar in die jeweils anderen Kompetenzbereiche ein und schaffen damit eine (gewollte oder ungewollte) Konkurrenzsituation, die den Bereich „Sicherheit“ wahrscheinlich in Summe nicht an Bedeutung verlieren lässt – im Gegenteil²⁴.

Allerdings wirken diese Bestrebungen eher gewachsen und von einseitigen Interessen getragen denn als Ausprägung einer umfassenden, neuen Sicherheitsarchitektur.

So ist z.B. auf einer Webseite des österreichischen Bundesheeres Folgendes zur Beschreibung des Bereichs „Sicherheitspolitik“ zu finden: „Mit einem ‚erweiterten Sicherheitsbegriff‘ werden seit dem Ende des Kalten Krieges auch andere Risiken in den Blick der Sicherheitspolitik gerückt. Auch internationaler Terrorismus, Staatsversagen, Organisierte Kriminalität, Ressourcenmangel, fragile Infrastrukturen, kulturelle und ökonomische Disparitäten, Umweltrisiken, Epidemien/Pandemien oder illegale Migration sind geeignet, Gesellschaften in ihren Grundfesten zu bedrohen.“²⁵

Im bisher ausgereiftesten Konzept zur Definition der Dimensionen von „Sicherheit“ haben Buzan u.a.²⁶ die politische Di-

mension dieses erweiterten Sicherheitsbegriffes herausgearbeitet. Sie unterscheiden zwischen einer horizontalen und einer vertikalen Ebene. Auf der horizontalen Ebene wird zwischen fünf Aspekten differenziert: dem militärischen, dem polizeilichen, dem ökonomischen, dem ökologischen und dem sozialen Aspekt von Sicherheit. Auf der vertikalen Ebene wird zwischen Human Security, National Security, Regional Security und Global Security unterschieden. Wie kurz beschrieben, werden die traditionellen Differenzierungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, rechtsstaatlicher und sozialer Sicherheit usw. zunehmend unbrauchbarer, denn durch die gesellschaftlichen Entwicklungen entstehen immer mehr Verzahnungen zwischen diesen auf den ersten Blick getrennten Bereichen.²⁷

Die fünf Aspekte der horizontalen Ebene beschreibt die Copenhagen School (= Buzan et al.) folgendermaßen:

„(...) the military sector is about (...) forceful coercion; the political sector is about (...) authority, governing status and recognition; the economic sector is about (...) trade, production and finance; the societal sector is about (...) collective identity; the environmental sector is about relationships between human activity and the planetary biosphere.“²⁸

Allerdings besteht bei der Erweiterung des staatszentrierten, traditionellen Sicherheitsverständnisses (als Forschungsgegenstand der Security/Strategic Studies) auf einen allzu breiten Sicherheitsbegriff durchaus die Gefahr, den konzeptionellen Rahmen zu verlieren und „alles und nichts“ zum Sicherheitsthema zu machen. Diese Gefahr ist keine rein akademische. Durch ebendiese – aus Sicht der Autorin sinnvolle – Ausdehnung des Begriffes können auch auf politischer Ebene (eine Vielzahl an) Themen mit einer Sicherheitskomponente versehen und als solche

behandelt werden, was unterschiedliche Auswirkungen haben kann. Sicher gewinnt ein Thema, derart „gelabelt“, an Bedeutung in der öffentlichen Wahrnehmung, kann mit dem „Sicherheitsargument“ vieles politisch gerechtfertigt werden – die Akzeptanz (des Großteils) der Bevölkerung scheint hier durchaus gegeben²⁹. Die Gefahr der Instrumentalisierung und Securization ist dabei allerdings immanent und verlangt hohes Verantwortungsbewusstsein seitens der involvierten Akteure.

Grundsätzlich geht es bei dem gegenständlichen Diskurs um die Neugestaltung der Beziehungen von Sicherheit, Territorium und staatlichem Gewaltmonopol, aus der der Staat seine Souveränität bezieht, weshalb – folgt man der Logik von Weaver et al. – jede Form der Security Studies auf die eine oder andere Art staatsbezogen (wenn auch nicht zentriert) ist.³⁰

In Bezug auf den Bereich „Migration“ ist dieser erweiterte „neue“ Sicherheitsbegriff insofern interessant, weil somit ermöglicht wird, dass eben dieser Bereich als eigentlich globales, transnationales Phänomen eine Agenda der (inneren³¹) Sicherheit wird. Hier spielt besonders das Konzept der gesellschaftlichen Sicherheit eine argumentative Rolle.

„Societal Security concerns the ability of the society to persist in its essential character under changing positions and possible or actual threats (...) Societal security is about situations when societies perceive a threat in identity terms.“³²

Die Legitimität staatlicher Einwanderungsbeschränkungen wird oft damit begründet, diese seien notwendig, um bestimmte Kapazitäten des Staates zu sichern, die diesen in die Lage versetzen, bestimmte öffentliche Güter für seine Bürger (schon hier wird die Definitionsfrage deutlich: Personen, die auf dem Staatsgebiet leben oder Staatsbürger?) bereitzu-

stellen. Neben der sozialen Stabilität wird häufig auch die Verteidigung der kulturellen Identität als Uraufgabe staatlicher Autorität ins Spiel gebracht. Beides kann potentiell durch Migration bedroht werden, weshalb es nicht verwundert, dass im Zuge der Erweiterung des Sicherheitsbegriffes (seit den 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre/Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Notwendigkeit zur Neustrukturierung der Security Agenda) Migration zunehmend durch die Sicherheitslinse beurteilt wird.³³ Nicht zuletzt ist die Frage der Identität für das Konzept des Nationalstaats wesentlich innerhalb des Europäischen Integrationsprozesses, weshalb Fragestellungen, wie die nach neuen Dimensionen der Sicherheit, Aufgaben (und Existenzberechtigung) des Nationalstaates und eine stärkere Betonung des „Gemeinsamen“ und des „Trennenden“ (auf unterschiedlichen Ebenen) größere Bedeutung bekommen als zur Zeit des Kalten Krieges, wo Freund-Feind-Schemata noch einfach zu verorten waren.

Bereits 1994 wurde der klassische politische Sicherheitsbegriff mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen³⁴ um das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ erweitert.

Dabei steht nicht die Sicherheit von Staaten (politische Sicherheit, innere Sicherheit, nukleare Sicherheit, militärische Sicherheit usw.), sondern die Sicherheit des Menschen, die so genannte Statussicherheit des Einzelnen, nach den Vereinten Nationen im Mittelpunkt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass das universelle Anliegen der menschlichen Sicherheit nicht nur durch militärische und/oder politische Konflikte bedroht ist, sondern unter anderem auch durch Armut, Arbeits-

losigkeit, durch Drohungen und Verbrechen, terroristische Anschläge, Ressourcenknappheit, Überbevölkerung und Verletzung der Menschenrechte³⁵. Das Konzept der menschlichen Sicherheit ist auch (bewusst?) sehr vage formuliert und eröffnet einen breiten Interpretationsspielraum, muss sich aber mit dem Vorwurf, „alles und nichts“ zum Gegenstand zu haben, zu Recht konfrontiert sehen.

Die Copenhagen School distanziert sich z.B. bewusst von diesem Sicherheitsverständnis und konstatiert z.B. Folgendes:

„Societal security is not used (...) as a ‚more human‘ concept of security negating state security. We do not follow those theorists whose search for an alternative to state security leads them to individual security (sometimes called global security) (...)“³⁶.

Rechtfertigend lässt sich einwenden, dass sich das Konzept nicht als akademische Konstruktion einer neuen Sicherheitsarchitektur verstanden hat, sondern ursprünglich darauf ausgelegt war, die angenommenen einzusparenden Militärausgaben nach Ende des Ost-West-Konflikts als „Friedensdividende“ u.a. für Entwicklungspolitische Mittel einzufordern.³⁷

Relativ zeitgleich mit dem Diskurs rund um einen erweiterten Sicherheitsbegriff und der Notwendigkeit der neuen Weltordnung und neuen Sicherheitsarchitektur mit adäquaten akademischen (und in Folge politischen) Konzepten Rechnung zu tragen, kam auch der Begriff der „subjektiven Sicherheit“ auf, der nunmehr die Beurteilung von Bedrohung weitestgehend von objektiven Kriterien der Beurteilung losgelöst in den interpretativen Raum des Individuums transferiert.

Die Differenzierung von subjektiver und objektiver Sicherheit entstammt dem polizeilich-behördlichen Umfeld und wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur mehrheitlich als wenig sinnvoll erachtet,

da sie die Annahme zugrunde legt, es gäbe eine „Objektivität der Sicherheit“³⁸. Durchaus selbstkritisch und deshalb interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen des deutschen Bundeskriminalamtes (Fachbereich: Kriminalwissenschaften):

„(...) Sicherheit oder Unsicherheit haben gerade keine objektiven, intersubjektiv eindeutigen Sachbezüge, sondern Sicherheit oder Unsicherheit sind subjektiv vermittelte und definierte Begriffe. Sie werden vermittelt in einem vielschichtigen gesellschaftlichen/politischen Interaktions- und Interpretationsprozess, und sie haben immer eine spezifische Angst-/Furchtkomponente, wie sie in der psychologischen Forschung seit langem herausgearbeitet worden sind. Wenn die Polizei zu Recht sagt, dass es keine absolute Sicherheit gäbe, dann wird damit genau diese subjektive Sichtweise bestätigt. Gäbe es objektive Sicherheit, also eine von subjektiven Einschätzungen losgelöste Sicherheit, müsste sich auch absolute Sicherheit technisch oder irgendwie objektiv herstellen lassen. Sicherheit ist mithin subjektiv determiniert und regelmäßig kommunikativ vermittelt oder konstituiert. Damit eignet sich Sicherheit (...) auch dazu, zum Gegenstand politischer Inszenierungen zu werden. Ich meine, dass wir alle schon Zeugen derartiger Inszenierungen geworden sind.“³⁹

Allerdings ist zu beobachten, dass es eine steigende gesellschaftliche Nachfrage nach dem Gut „Sicherheit“ gibt, die nicht unbedingt auf objektiven Kriminalitätsentwicklungen beruht.

Eine Begründung für die zunehmende Unsicherheit wird oft in den veränderten Rahmenbedingungen der globalisierten

und hochindustrialisierten Gesellschaft mit ihrer hohen Komplexität und den damit verbundenen großen individuellen Herausforderungen – und damit der Zunahme an sozialen, beruflichen, ökonomischen etc. Risiken – gesehen.⁴⁰

Für einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der auch auf die Ursachen von Sicherheitsbedrohungen bzw. Konflikten eingeht, spricht der lösungsorientierte Ansatz⁴¹, der somit auch umfassende Rahmenbedingungen zur Lösung von (globalen, regionalen etc.) Problemen für die Politikgestaltung anbietet (deswegen verwundert es auch nicht, dass das Konzept der „human security“, wie zuvor erwähnt, nicht aus einem akademischen, sondern aus dem Umfeld der Vereinten Nationen, die es sich eben zur Aufgabe gemacht haben, globale Lösungsansätze zu unterschiedlichen Bereichen zu suchen, entwachsen ist).

Allerdings plädieren auch Vertreter des akademischen Feldes für einen derart breiten Sicherheitsbegriff, so z.B. die Oxford Research Group, die sich u.a. durch ihre vehemente Kritik der Argumentationslogik der US Irak-Politik hervorgetan hat:

„Furthermore, the current response to insecurity is essentially about ‚control‘ – attempting to maintain the status quo through military force, without addressing the root causes. The authors argue that such security policies are self-defeating in the long-term, and so a new approach is urgently needed. An alternative ‚sustainable security‘ approach aims to address the root causes of those threats, cooperatively using the most effective means available. For example: renewable energy and conservation as the most important response to climate change; energy efficiency as a response to resource competition; intensive poverty reduction programmes as a means to address marginalisation; and the halting and reversal of WMD⁴² development and proliferation as a main component of

checking global militarisation. These provide the best chance of averting global disaster, as well as addressing some of the root causes of terrorism.“⁴³

Im Zuge einer ausführlicheren Auseinandersetzung mit der Thematik wäre es weiters notwendig, sich Begriffe wie „Gesellschaft“, „Staat“, „Nation“, „Bedrohung“ oder „Identität“ näher anzusehen; aber das sei an dieser Stelle nur erwähnt, um die Dimension des Themenfeldes erahnen zu lassen.

SECURIZATION VON MIGRATION

Sicherheit ist in der politischen Diskussion nicht zuletzt wichtig, da die Aufrechterhaltung derselben das staatliche Machtmonopol⁴⁴ sichert und legitimiert. Dadurch geht der Trend – wie zuvor kurz angeschnitten –, ausgehend von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und aus unterschiedlichen Motivationen, dahin, eine Vielzahl von Themen aus der Sicherheitsperspektive zu beleuchten. Von diesem Blickwinkel aus wird nachvollziehbar, warum auch der Bereich Migration oftmals aus der Sicherheitsperspektive behandelt wird, vereint das Thema doch zwei wesentliche Aspekte staatlicher Souveränität: Sicherheit und die Kontrolle darüber, wer sich zu welchen Konditionen im Staatsgebiet aufhalten darf.

Bereits an anderer Stelle im vorliegenden Text wurde kurz auf die veränderten Rahmenbedingungen seit Ende des Kalten Krieges und die damit in Verbindung stehende Neu-/Umstrukturierung der Sicherheitsarchitektur, des Sicherheitsbegriffes (und damit das Referenzobjekt der Security Studies) auf globaler und europäischer Ebene eingegangen. Im Zuge des veränderten und erweiterten Sicherheitsbegriffes betreffen diese Veränderungen nicht nur den militärischen Bereich, auch die Polizei erweiterte entsprechend ihren Handlungsradius: Es entstand das Konzept

der europäischen Inneren Sicherheit, welches durch entsprechende Polizeikooperationen⁴⁵ ihre praktische Umsetzung fand. Mit der Implementierung des Schengen-Raumes wurden Agitationen auf die Überwachung außereuropäischer Grenzen erweitert (bzw. verlagert), wodurch sich die polizeiliche Arbeit immer stärker in Richtung der Ausübung von Präventionsmaßnahmen – zusätzlich zu ihrer ureigensten Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung – entwickelte.⁴⁶ Es geht nicht mehr nur um die Strafverfolgung nach begangener Tat oder um die konkrete Gefahrenabwehr, sondern zunehmend um Gefahrenvorsorge oder gleich „Sicherheitsvorsorge“.⁴⁷

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, und in Folge in Madrid und London, ist die Verbindung von Migrationspolitik mit Asylagenden auf der einen Seite, vor allem aber mit Sicherheitsaspekten auf der anderen Seite, verstärkt zu beobachten⁴⁸. Dieser Konnex ist zwar schon länger (seit den 1980ern bzw. Anfang der 1990er Jahre) sichtbar, der Grad an Aufmerksamkeit ist aber neu. Insgesamt führten diese Entwicklungen zur Herausbildung eines „Sicherheitskontinums“, wie Bigo⁴⁹ bereits 1994 beschrieb, wodurch eigentlich getrennte Charakteristika, wie Islam und Islamismus, Migration und (Organisierte) Kriminalität etc., in einen quasi-natürlichen Zusammenhang gestellt würden, was wiederum entsprechende Maßnahmen erfordere. „The old external threat of communism was replaced by an external threat established by mass immigration, organized crime, and imported terrorism (...).“⁵⁰

Diese Zusammenhänge seien inzwischen dermaßen etabliert, dass Maßnahmen, die auf derartigen Annahmen aufbauen, selten hinterfragt werden: Sie sind zu einem Großteil bereits in das Stadium des „common sense“ übergegangen. Hier wäre eine neuerliche Überprüfung gängi-

ger Vorstellungen und eine verstärkte Zusammenarbeit von Wissenschaft, Politik, Medien und Verwaltung – nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines bestmöglichen Ressourceneinsatzes – vielfach wünschenswert.

MIGRATION ALS SICHERHEITSRI-SIKO – EINE ANDERE GEFAHREN-ANALYSE

Zunächst sei voran gestellt, dass die sozialwissenschaftliche Forschung (v.a. im deutschsprachigen Raum), die sich in umfassender und pragmatischer Weise der Beschreibung der Zusammenhänge von Migration als Sicherheit(srisiko)⁵¹ widmet, durchaus noch ergänzungsfähig ist.

Insgesamt lässt sich nach Bauböck⁵² die Auseinandersetzung mit der Thematik⁵³ in drei Phasen gliedern:

Die Phase der Gastarbeiteranwerbung in den frühen 1960er Jahren (verbunden mit den ersten Bedenken bezüglich eines Kulturkonflikts), die Phase der Wirtschaftskrise und beginnenden Rezession ab Mitte der 1970er Jahre (in der Ausländer zunehmend als schwer abzuschiebendes „Problem“ wahrgenommen wurden) und die Öffnung der Grenzen zu den vormals kommunistischen Staaten Anfang der 1990er Jahre (in der [Organisierte] Kriminalität die Debatten prägte). Seit 2001 hat durchaus auch wieder die Kulturkonfliktthematik an Aktualität gewonnen (vgl. den Diskurs rund um Huntingtons Clash of Civilisations⁵⁴, Mohammed-Karikaturen etc.).

Diesen drei Phasen lässt sich auch jeweils eine Theorie zuordnen⁵⁵:

1. Die Kulturkonfliktthese: In diesem Kontext wurde erstmals das Thema „Fremdenkriminalität“ warnend öffentlich diskutiert. Argumentiert wurde, dass durch eine vermeintliche Überforderung mit der neuen Kultur Konflikte und Gewaltbereitschaft bzw. ein höherer Grad an sozial auffälligem Verhalten

einher gingen. Die hohe Anpassungsbereitschaft der Gastarbeitergeneration hat diese These letztendlich widerlegt.

2. Die These von der sozialen Mängellage: Die Kriminalitätsbelastung der zweiten Generation (dazu später noch) wird auf Enttäuschung über den Bruch der wirtschaftlichen Wachstumsversprechen zurückgeführt. Als eine Facette der Mängelagenthese sei an dieser Stelle noch auf die Stigmatisierungsthese verwiesen, die versucht, auf die Benachteiligung von Fremden bei der Kriminalitätskontrolle einzugehen.
3. Die These von der kriminellen Organisationsfähigkeit von Fremden: Sie entstand Anfang der 1990er Jahre und besagt, dass die Kombination von (nunmehr) freiem, unkontrolliertem Kapital, transnationalen Netzwerken (die Migranten in der Aufnahmegesellschaft bilden würden) und erhöhter Mobilität einen Anstieg der Fremdenkriminalität – v.a. im Bereich der Organisierten Kriminalität – bewirken würde.⁵⁶

Im Folgenden soll versucht werden, gängige Argumentationsmuster darzustellen und diesen in Ansätzen analysierend nachzugehen⁵⁷.

Grundsätzlich wird vor allem unkontrollierte Zuwanderung als Bedrohung wahrgenommen.

Einerseits direkt, indem dadurch kriminelle Handlungen erleichtert würden, andererseits indirekt, indem gesellschaftliche Zustände herbeigeführt würden, die die staatliche Fähigkeit zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung unterminieren könnten. Diese Sichtweise ist nicht unbedingt als falsch zu beurteilen, aber jedenfalls als zu simpel.⁵⁸

Grundsätzlich gilt es bei der Betrachtung der Verbindung von Migration und

Sicherheit verschiedene Aspekte objektiv und wertfrei zu bedenken, die, basierend auf Bauböcks Überlegungen, im Folgenden dargestellt werden sollen:

1. Die Bewegungsfreiheit des Menschen stellt einen Wert an sich dar, als „Manifestation personaler Autonomie“⁵⁹. Sie ist ein wichtiges Merkmal demokratischer Staaten. Bewegungsfreiheit wirkt sich zudem positiv aufs Wirtschaftswachstum und somit den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand aus.
2. Durch die Illegalisierung von Einwanderung selbst kann Sicherheit gefährdet werden. So kann z.B. die Hochrüstung der Grenzen zur Verdrängung von selbstorganisierter Fluchhilfe, was wiederum eine verstärkte Bildung von Schlepperbanden (bzw. Schlepperei generell) zur Folge hat, führen. Weiters ist durchaus anzunehmen, dass durch den illegalen Aufenthaltsstatus (bzw. das Nichtvorhandensein entsprechender Beschäftigungsbewilligungen) Kleinkriminalität wie z.B. Schwarzarbeit gefördert wird. Weiters schafft die Beschränkung der grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit weitere neue Straftatbestände wie z.B. die der „illegalen Einreise“ oder des „illegalen Aufenthalts“⁶⁰. Schließlich soll in diesem Zusammenhang auch auf die steigende Opferzahl unter den Asylsuchenden⁶¹ verwiesen werden.
3. Durch die Schließung (bzw. Erschwerung der legalen Einwanderung) der Grenzen kann kurzfristig eine verstärkte Zuwanderung ausgelöst werden. Der Effekt ergibt sich aus einer gewissen „Torschlusspanik“, wodurch einerseits geplante (angedachte) Migrationsvorhaben schneller in die Tat umgesetzt werden bzw. andererseits Personen, die sich bereits (illegal) im Land aufhalten, eher nicht mehr ausreisen, da eine mögliche Rückkehr verunmöglicht bzw. nur

mehr unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Die „circular migration“, also das Hin-und-her-Reisen zwischen Heimat- und Aufnahmeland, wird damit langfristig verringert. Zudem wird aus akademischen Kreisen zurecht die Frage in den Raum gestellt, wie sinnvoll Grenzkontrollen zur Steigerung der Sicherheit wirklich sind⁶² (hier kann man durchaus davon sprechen, dass sich die Öffnung der Schengen-Grenzen z.B. in Österreich nicht signifikant auf die Kriminalitätsbelastung ausgewirkt hat – so weist z.B. das Burgenland, das zur Gänze Grenzregion ist, die geringste Kriminalitätsrate im gesamten Bundesgebiet auf⁶³), da die wenigsten Kriminellen an der Grenze festgenommen werden. Auch deshalb sind Maßnahmen, die sich auf die Grenze konzentrieren, zu hinterfragen, da sie von Netzwerken der Organisierten Kriminalität viel einfacher zu umgehen sind als von „einfachen“ Zuwanderern, deren Ziel es im Gegensatz zu diesen nicht ist, strafbare Handlungen zu begehen. „Die Effektivität solcher Maßnahmen muss also immer im Hinblick darauf beurteilt werden, ob sie denn dazu geeignet sind, genau jene Aktivitäten zu unterbinden und Personen herauszufiltern, welche die innere Sicherheit gefährden.“⁶⁴

4. Weiters sei an dieser Stelle auch die Theorie angeführt, nach der viele (in den meisten Fällen sozial schwache) Zuwanderer einen „antidemokratischen Rückschlag“ (Backlash-Argument) auslösen könnten, was einen Zulauf zu extrem rechts(populistischen), nationalistischen und rassistischen Parteien (was durchaus auch eine Sicherheitsbedrohung darstellen kann) bedingen könnte.
5. Schließlich sei noch auf die „Netzwerktheorie“ verwiesen, wonach Kettenmigration und die damit verbundene Herausbildung transnationaler Netzwerke

die optimalen Voraussetzungen dafür schaffen, staatliche Strukturen zu unterwandern und einen fruchtbaren Boden für Agitationen, die im Bereich der Organisierten Kriminalität anzusiedeln sind, böten.

In letzter Zeit rückt zudem in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik verstärkt, wenn auch noch in Ansätzen, der Aspekt der Sicherheitsbedrohungen in den Blickpunkt, die sich für Migranten in der Aufnahmegesellschaft z.B. durch rassistische Übergriffe und Gewalt darstellen.⁶⁵

Insgesamt kann reüssiert werden, dass es – folgt man Dietrich⁶⁶ – durchaus einen Unterschied macht, ob Zuwanderer als „Problem“ oder Belastung für die soziale Sicherheit (im Sinne von Arbeitsplatzsicherheit oder Sicherheit, entsprechenden Zugang zu Sozialleistungen zu haben) erscheinen oder ob sie in der ungemein beunruhigenden Gestalt der „Illegalen“ in Erscheinung treten.

So konstatiert Pilgram: „Ein so verschärfter ‚Contest‘ soll und kann zwar abschreckende Einflüsse auf unerwünschte MigrantInnen ausüben, er beeinflusst aber auch die Form der Migration, die Art der MigrantInnen, die Beziehungen zwischen ihnen und staatlichen Instanzen sowie der Aufnahmegesellschaft im Allgemeinen und die Unsicherheitswahrnehmung durch alle Beteiligten.“ Und weiter: „Wenn die Interaktion zwischen Kontrollbehörden und MigrantInnen nach dem Modell der Kriminalitätskontrolle abläuft, so wird sie für beide Seiten unerfreulicher und riskanter.“⁶⁷

Eine neue – und in sich plausible – Argumentationslogik eröffnet sich allerdings, wenn man den Begriff der inneren Sicherheit auf Bereiche wie „Aufrechterhaltung der kulturellen Homogenität“ oder der sozialen Sicherheit ausweitet, wodurch wieder die Verbindung zur Securization der Migrationsthematik hergestellt wäre.⁶⁸

ABSCHLUSSGEDANKEN

Die Herausforderungen, die sich für Akteure der Sicherheitspolitik heute darstellen, sind andere als noch vor 20 Jahren. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Fall des Eisernen Vorhangs leiteten einen Neustrukturierungsprozess der Sicherheitsarchitektur ein, der bislang noch nicht abgeschlossen ist. Auch andere Rahmenbedingungen spielen eine Rolle bei der Gestaltung von „Sicherheit“: Es besteht ein Sicherheitsbedürfnis der modernen, hochindustrialisierten Gesellschaften⁶⁹, die sich auf kollektiver, aber v.a. individueller Ebene mit immer neuen Herausforderungen konfrontiert sehen. Diese zunehmende Komplexität begründet eine Sehnsucht nach Vereinfachung; ein Bedürfnis, das sich gut für Instrumentalisierungen eignet.

Hier sind Politik und Medien in der Verantwortung, für einen unaufgeregten und wissensbasierten Umgang mit dem Thema einzustehen und der Gefahr des Populismus und der Vereinfachung zu widerstehen. Diese Versuchung ist groß und wird umso deutlicher, bringt man die „Krise der Staatlichkeit“ ins Spiel: „Die Instrumentalisierung der Kriminalität kann als ein Versuch verstanden werden, ein Stück von der staatlichen Souveränität zurück zu gewinnen, die im Zuge der globalen ökonomischen Machtübernahme verloren gegangen ist.“⁷⁰

An der Debatte rund um die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs – ein Diskurs, der zwar zunächst auf der akademischen Ebene stattfand, aber durchaus politische Auswirkungen zeigt – und der entsprechenden Behandlung der Thematik (v.a. auch im Hinblick auf den Bereich Migra-

tion) im Rahmen des Europäischen Integrationsprozesses werden die unterschiedlichen Problemfelder und der Facettenreichtum des Bereiches sehr deutlich.

Einerseits soll im Mittelpunkt der Politikgestaltung stehen, die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen ernst zu nehmen, andererseits macht es (hinsichtlich Kriminalitätsentwicklung) kaum Sinn, immer stärker auf die Implementierung verschiedenster Sicherheitsmaßnahmen zu setzen, die in erster Linie auf der Beseitigung von Unsicherheitsgefühl aufbauen, da dieses mehrheitlich nicht auf der objektiven Entwicklung der Kriminalität beruht. Hier sind andere und kreative Lösungen gefragt; derartige Maßnahmen verlangen nach einer entsprechenden wissenschaftlichen Evaluierung und Begründung (evidenzbasierte Politikgestaltung) sowie der Notwendigkeit, die Perspektive der inneren Sicherheit auf andere Bereiche wie Arbeitsplatzsicherheit, soziale Sicherheit etc. auszuweiten. Eine moderne Politik der inneren Sicherheit muss demnach Sicherheit als „dynamische Größe (...) betrachten, die sich ständig verändert und nach objektiven (Kriminalstatistik) und subjektiven (Sicherheitsgefühl) Aspekten zu unterscheiden ist (...)“⁷¹.

Im Beitrag wurde der Verknüpfung von Sicherheit und Migration nachgegangen und verschiedene gängige Argumentationslinien aufgezeigt, in Ansätzen analysiert und der Definitionsprozess des Sicherheitsbegriffes betrachtet. Bedeutsam erscheint abschließend festzustellen, dass erst die Miteinbeziehung des Aspekts des „Schutzes der kulturellen Homogenität“ eines Staates bzw. „Volkes“ die argumentative Verknüpfung der Bereiche plausibel macht.

- ¹ Daase, C. (2003). *Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der Sicherheitspolitischen Forschung*, in: Daase, C./Feske, S. et al. *Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden, 45.
- ² *Auf den Sicherheitsbegriff und die Sinnhaftigkeit dieser Einteilung wird an anderer Stelle im Beitrag eingegangen.*
- ³ *Aufgrund der Breite des Themenfelds und des Umfangs der bereits vorhandenen Literatur zum Thema soll versucht werden, einen Überblick zu verschaffen und das Feld bestmöglich zu sichten, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben (was in Hinblick auf die vorliegende Thematik ein nur schwer zu erreichendes Ziel wäre).*
- ⁴ *Sofern man davon schon sprechen kann.*
- ⁵ *Auf das Konzept der Securization kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, es sei aber z.B. auf Castles, St./Miller, M. (2009). *The Age of Migration*, New York, 207 ff; auf Guiraudon, V./Joppke, C. (Hg.) (2001). *Controlling a New Migration World*, London/New York, oder auf Buzan, B./Waever, O./de Wilde, J. (1998). *Security. A new framework for Analysis*, London, verwiesen.*
- ⁶ *Laut dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung beträgt die jährliche Nettozuwanderung in die EU-27 im Jahr 2009 ca. 900.000. Diese Zahl basiert auf der Schätzung von Eurostat. Quellen: http://gans.vwl.uni-mannheim.de/fileadmin/user_upload/gans/AK_Bevoelkerungsgeographie/Newsletter/Newsletter_89_09_Februar_2010.html.pdf; Eurostat: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-09-047/EN/KS-QA-09-047-EN.PDF. Allerdings gilt diese Berechnung für ein Krisenjahr. In Zeiten guter Konjunktur geht der positive Saldo erwartungsgemäß wieder hinauf, auf Werte, die jenseits der +1 Mio. liegen.*
- ⁷ *Vgl.: Einführungsvorlesung von Prof. Heinz Fassmann zur interdisziplinären Ringvorlesung Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven vom 08.03.2010 an der Uni Wien.*
- ⁸ *Vgl. z.B. Lange, K. (1997). *Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK). Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen*, Hans Seidel Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, aktuelle Analysen 9, München, 11.*
- ⁹ *Levitt, P., Glick-Schiller, N. (2004). *Conceptualizing Simultaneity. A transnational Social Field Perspective on Society*, *International Migration Review*, 38(145), 10.*
- ¹⁰ *Die Autorin beschäftigt sich allerdings mit dieser Kategorisierung.*
- ¹¹ *Ravenstein, E. G. (1885). *Journal of the Statistical Society of London*, Vol. 48, No. 2, 167–235, in: <http://www.jstor.org/pss/2979181>, 08.02.2010.*
- ¹² *Die trotz vieler kritischer Stimmen für manche Disziplinen wie Geografie oder Soziologie in der Behandlung der Thematik unerlässlich ist.*
- ¹³ *Massey, D. (1993). *Theories of International Migration, A Review and Appraisal*, *Population and Development Review*, Vol. 19, No. 3, 431–466.*
- ¹⁴ *Ebd., 447–448.*
- ¹⁵ *Ebd., 449–450.*
- ¹⁶ *Ebd., 454.*
- ¹⁷ *Zolberg, A. (1989). *The Next Waves. Migration Theory for a Changing World*, *International Migration Review* (23/3), 403 f.*
- ¹⁸ *Guilt, E. (2009). *Security and Migration in the 21st Century*, Cambridge, 1.*
- ¹⁹ *Ebd., 10.*
- ²⁰ *Buzan, B./Waever, O./de Wilde, J. (1998). *Security. A new Framework for Analysis*, London.*
- ²¹ *Guilt, E. (2009). *Security and Migration in the 21st Century*, Cambridge.*
- ²² *BverfGE 49, 25 (56), in: <http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kiforum/kiforum2.html>, 30.01.2010.*
- ²³ *Für die Polizei wäre hier z.B. der Bereich der polizeilichen Auslandseinsätze zu nennen; fürs BH z.B. in Österreich der Assistenzeinsatz im Burgenland.*
- ²⁴ *Stichwort „Securization“.*
- ²⁵ *<http://www.bmlv.gv.at/menu/sipol.shtml>, 10.03.2010. Zumindest einige dieser Aufzählungen fallen bislang mehrheitlich ins Aufgabengebiet des Innenressorts.*
- ²⁶ *Als Angehörige der Copenhagen School und damit Vertreter der CSS und eines erweiterten Sicherheitsverständnisses.*
- ²⁷ *Buzan, B./Waever, O./de Wilde, J. (1998). *Security. A new Framework for Analysis*, London; <http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kiforum/kiforum2.html>.*
- ²⁸ *Ebd., 7.*
- ²⁹ *Vgl. dazu z.B. die Debatte und Maßnahmen rund um Präventivmaßnahmen, Einschränkung der Persönlichkeitsrechte und Datenschutz.*
- ³⁰ *Weaver, O./Buzan, B./Kelstrup, M./Lemaitre, P. (1993). *Identity, Migration and the new Security Agenda in Europe*, Centre for Peace and Conflict Research, Copenhagen.*
- ³¹ *Eine Trennung der Konzepte von „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sowie eines anderen Sicherheitsbegriffes in der „post-Cold War“-Ära in der Form nicht mehr sinnvoll.*
- ³² *Buzan, B./Waever, O./de Wilde, J. (1998). *Security. A new Framework for Analysis*, London, 28, in: O'Neill RAF, P.E. *The European Union and Migration, Security versus Identity?*, *Defence Studies*, 6, 3, 4.*
- ³³ *O'Neill RAF, P.E. (2006). *The European Union and Migration: Security versus Identity?*, *Defence Studies*, 6: 3, 322–350.*
- ³⁴ *Vgl. Vereinte Nationen Generalversammlung (1994). *Agenda für Entwicklung*, Bericht des Generalsekretärs.*

³⁵ <http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kiforum/kiforum2.html>.

³⁶ Buzan, B./Waeber, O./de Wilde, J. (1998). *Security. A new Framework for Analysis*, London, 24.

³⁷ Vgl.: Ulbert, C./Werthes, S. (Hg.) (2008). *Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven*, Baden-Baden. Vor diesem Hintergrund ist es insbesondere interessant, die wachsende Verschiebung der Schwerpunkte (und damit Mittel) der entwicklungspolitischen Maßnahmen hin zu „friedenssichernden Maßnahmen“ zu beobachten.

³⁸ Natürlich lassen sich mit wissenschaftlichen Methoden Faktoren definieren, die das Sicherheitsgefühl subjektiv beeinflussen; dies macht durchaus auch Sinn, doch ist in der Analyse eine gewisse Breite zu berücksichtigen, da viele dieser Faktoren vermutlich nicht in den engeren Aktionsradius der Innenressorts bzw. Verwaltungsbehörden, die für die Wahrung und Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in einem Staat (Stichwort: „objektive Kriterien“ wie Kriminalitätsrate) verantwortlich sind, fallen.

³⁹ <http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kiforum/kiforum2.html>, 30.01.2010.

⁴⁰ Vgl.: z.B.: http://www.isip.uni-hamburg.de/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=34, 10.02.2010.

⁴¹ Wobei es auch nicht unkritisch zu sehen ist, dass mit der Einführung des Begriffes der „human security“ die Ausdehnung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf Maßnahmen/Projekte zum Aufbau/Erhalt von Sicherheitsstrukturen möglich geworden ist.

⁴² Anmerkung der Redaktion: „Weapons of Mass Destruction“.

⁴³ Oxford Research Group: <http://www.commondreams.org/news2006/0613-07.htm>.

⁴⁴ Wer verspricht, gewisse Sicherheiten zu garantieren, kann generell einen gewissen Machtanspruch für sich verbuchen – mehr oder weniger erfolgreich. Deswegen versuchen auch andere Akteure neben staatlichen Institutionen (NGOs, IOs, Parteien und Interessensvertretungen etc.) manchmal eine Sicherheitsperspektive einzunehmen.

⁴⁵ Vgl. hierzu z.B.: Jakubowicz, L. (2009). *Zusammenarbeit der Grenzbehörden nach der EU-Ost-Erweiterung aus österreichischer Perspektive*, 24–46, in: Bornewasser M. (Hg.) *Grenzüberschreitende polizeiliche Kooperation nach der EU-Ost-Erweiterung*, Greifswald.

⁴⁶ Vgl.: Schwell, A. (2007). *Europa an der Oder. Kooperation von deutschen und polnischen Grenzforschern im europäischen Sicherheitsfeld*, Promotionsschrift eingereicht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). Nachdem aber gerade „Gefühltes“ nicht unbedingt durch tatsächlich erfolgreiche Polizeiarbeit beeinflusst werden kann, gelangen hier die Massenmedien in ihrer Rolle als Meinungsmacher in eine „problematische“ Machtposition, die ihnen einerseits allerdings auch seitens der Politik und Behörden zugestanden wird; andererseits ist Meinungs- und Medienfreiheit nicht zuletzt ein demokratischer Grundpfeiler.

⁴⁷ <http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath/Bendrath-Dividuum.rtf>, 31.01.2010.

⁴⁸ Huysmans, J. (2006). *The Politics of Insecurity. Fear, Migration and the Asylum in the EU*, London.

⁴⁹ Bigo, D. (1994). *The European Internal Security Field: stakes and rivalries in a new developing area of police intervention*, in: Anderson, M./den Boer, M. (Hg.) *Policing across national boundaries*, London, 161–173.

⁵⁰ Anderson, M./Den Boer, M. et al. (1995). *Policing the European Union*, Oxford.

⁵¹ Abgesehen vom vorher beschriebenen Feld der Securization von Migration.

⁵² Bauböck, R. (2004). *Migration und innere Sicherheit*, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33. Jg., (1), 49–66.

⁵³ Hier wird von Österreich ausgegangen, wobei die Situation in anderen Ländern wahrscheinlich ähnlich ist.

⁵⁴ Vgl. z.B.: Huntington, S. (1996). *The clash of civilization and the remaking of world order*, New York. Wobei die zentrale Botschaft des Beitrags nach 2001 auch selbst Ziel politischer Instrumentalisierung geworden ist und eigenen interpretativen Spielregeln folgt, vgl.: <http://www.welt.de/>

politik/article94681/Warum_der_Kampf_der_Kulturen_noch_Jahrzehnte_dauert.html, 08.03.2010.

⁵⁵ Pilgram, A. (2003). *Migration und Innere Sicherheit*, in: Fassmann, H./Stacher, I. (Hg.) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt, 306 f.

⁵⁶ Hier lässt sich auch der diskursive Zusammenhang des Transnationalismuskonzeptes zum Bereich der Organisierten Kriminalität erkennen.

⁵⁷ Die Verifizierung/Falsifizierung bestimmter geschilderter Thesen steht noch aus und soll auch nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags sein. Einerseits ist ein solches Unterfangen zum Teil aufgrund des bestehenden Datenmaterials nicht in der Form möglich, andererseits böte die Analyse jedes einzelnen Punktes genug Stoff für eine eigene Forschungsarbeit.

⁵⁸ Bauböck, R. (2004). *Migration und innere Sicherheit*, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33. Jg., (1), 49.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Die vielfach als „opferlose Delikte“ beschrieben werden; vgl.: Bauböck, R. (2004). *Migration und innere Sicherheit*, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33. Jg., (1), 53.

⁶¹ Stichwort „Boat People“ oder die berüchtigte Grenze USA/Mexiko.

⁶² In diesem Zusammenhang hat sich die Einführung der Ausgleichsmaßnahmen – also der Verlagerung von Kontrollmaßnahmen von der Grenze weg – aus österreichischer Perspektive bewährt.

⁶³ Interview mit FBM Maria Fekter, *Republik. Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich* (Jänner/Februar 2010), 17.

⁶⁴ Bauböck, R. (2004). *Migration und innere Sicherheit*, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33. Jg., (1), 51.

⁶⁵ Vgl. z.B.: KIRAS (2009). *Projektendbericht SALOMON Next Step, Bedrohungswahrnehmungen von MigrantInnen. Eine Studie im Rahmen der österreichischen Sicherheitsforschung*, Wien.

⁶⁶ Vgl.: Dietrich, H. (1999). *Feindbild „Illegale“*. Eine Skizze zu Sozialtechnik und Grenzregime, in: Dominik, K. et al. (Hg.) *Angeworben, eingewandert, abgeschoben. Ein anderer Blick auf die*

Bundesrepublik Deutschland, Münster, 290–323, Pilgram, A. (2003). *Migration und Innere Sicherheit*, in: Fassmann, H./Stacher, I. (Hg.) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt, 333.

⁶⁷ Pilgram, A. (2003). *Migration und Innere Sicherheit*, in: Fassmann, H./Stacher, I. (Hg.) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt, 333.

⁶⁸ Worauf hier leider auch nicht näher eingegangen werden kann (vgl. aber die Ausführungen zum Securitization).

⁶⁹ Hier wäre bei einer näheren Betrachtung auf die verschiedenen Ebenen (Mikroebene, Mesoebene, Makroebene) einzugehen.

⁷⁰ http://www.isip.uni-hamburg.de/index.php?option=com_jdownloads&Itemid=60&task=finish&cid=15&catid=1, 11.02.2010.

⁷¹ http://www.isip.uni-hamburg.de/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=34, 11.02.2010.

Weiterführende Literatur und Links

Anderson, M./Apap, J. (2002). *Changing Conceptions of Security and their Implications for EU Justice and Home Affairs Cooperation*. CEPS Policy Brief No. 26.

Bade, K. J. (2003). *Legal and illegal immigration into Europe*.

Bigo, D. (2000). *Liaison officers in Europe. New officers in the European security field*, in: Sheptycki, J. W. E., *Issues in Transnational Policing*, London.

Buonfino, A. (2004). *Between Unity and Plurality: The Politicization and Securitization of the Discourse of Immigration in Europe*, *New Political Science*, Vol. 26, (No. 1).

Busch, H. (1995). *Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa*, Münster.

Buzan, B. (1997). *Rethinking Security after the Cold War; Cooperation and Conflict*, Vol. 32, (No. 1).

Faure Atger, A. (2008). *The abolition of internal border checks in an enlarged Schengen area: freedom of movement or a scattered web of security checks?*, *Research Paper* (No. 8).

- Glaeßner, G.-J./Lorenz, A. (2005). *Innere Sicherheit in einem Europa ohne Grenzen*, Frankfurt.
- Huysmans, J. (2000). *The European Union and the Securitization of Migration*, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 38, (No. 5).
- Jaschke, H.-G./Björge, T./del Barrio R. F. (2007). *Perspectives of Police Science in Europe. Project Group on a European Approach of Police Science (PGEAPS)*.
- Liebl, K. (2008). *Die Polizeiforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, *.SIAK-Journal* (3), 59–71.
- Meyer, K./Purtschert, P. (2008). *Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung*, in: Meyer, K./Purtschert, P./Winter, Y. *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, 149–172.
- Pelinka, A./König, I. (Hg.) (2009). *Feindbild Zuwanderer. Vorurteile und deren Überwindung*, *Studienreihe Konfliktforschung* (No. 24), *Sir Peter Ustinov Institut*.
- Pilgram, A. (2007). 2. *Migration und Innere Sicherheit*, in: Fassmann, H. (Hg.) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt.
- Rijpma, J./Cremona, M. (2007). *The Extra-Territorialisation of EU Migration Policies and the Rule of Law*, *Badia Fiesolana*.
- Schwell, A. (2006). *Unequal Partners. Security and Identity at the Polish-German Border*, *Research Group Transnationalism, Institute of Cultural Anthropology and European Ethnology, Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main*.
- Tomei, V. (2001). *Europäisierung nationaler Migrationspolitik. Eine Studie zur Veränderung von Regieren in Europa*, *Europäisches Forum für Migrationsstudien*, Stuttgart.
- Townsend, C. (1993). *Making the Peace. Public Order and Security in Modern Britain*, Oxford.
- Vereinte Nationen Generalversammlung (1994). Agenda für Entwicklung, Bericht des Generalsekretärs.*
<http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath/Bendrath-Dividuum.rtf>
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Algerien/terror2.html>
<http://www.interact-eu.net/download/application/pdf/1305585>
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-05-003>
<http://europa.eu/scadplus/leg/en/lvb/l33080.htm>
- Schmale, W. (2006). *Wie europäisch ist Ostmitteleuropa?*, in: *H-Sozu-Kult* 30.05.2006,
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-05-003>.